PB.W-01-628-2

Kapitel 2: In die Zukunft wirtschaften

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in:	KV Ludwigslust-Parchim
Beschlussdatum:	13.04.2021

Änderungsantrag zu PB.W-01

Von Zeile 627 bis 628 einfügen:
Straßenbau wollen wir ÖPP-Projekte gesetzlich ausschließen. Die Kontrolle bei Bauvorhaben und großen öffentlichen Beschaffungen wird verbessert.

Ressourcenverbrauch stärker besteuern
Umsatzsteuer, Lohnsteuer und Gewerbesteuer bringen Bund und Ländern Mittel ein, haben aber kaum eine steuernde Wirkung auf Unternehmen und Privathaushalte. Dadurch vergibt sich der Staat ein wichtiges Steuerungsinstrument, um positive gesellschaftliche Effekte zu erzielen. Steuern sollten stärker auf den Verbrauch von Ressourcen verlagert werden, um umweltbewusstes und nachhaltiges Handeln zu fördern. Unternehmen und Privathaushalte sollten es in der Hand haben, ihre persönliche Steuerlast durch ihr ressourcenschonendes Investitions- und Konsumverhalten zu reduzieren. Wir möchten Studien anstoßen, um die Möglichkeit einer stärkeren Besteuerung des Ressourcenverbrauchs zu untersuchen, bei gleichzeitiger Minderung anderer Steuern. Bei der entstehenden Verschiebung der Steuerlasten soll stark auf die soziale Verträglichkeit geachtet werden.